



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 19.07.2017

Niederschrift

über die **22. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 09.02.2017, 15:05 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Michael Frenzel	SPD	
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	bis 18:30 Uhr
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD	ab 16:45 Uhr
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN	
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln	
Frau Judith Wolter	pro Köln	bis 16:45 Uhr
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln	
Herr Sascha Korinek	LSVD Ortsverband Köln e.V.	
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Oliver Kreams	SPD	
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	auf Vorschlag der SPD	ab 15:30 Uhr
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	

Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Laurens Wellmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Hermann Breuer	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Julia Egenolf	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Holger Havenith	Amt für Weiterbildung
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Dr. Marc Höhmann	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Bernd Rosenberger	Gebäudewirtschaft
Herr Hans-Martin Wolff	Stadtplanungsamt
Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-----------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14

Vorsitzender Kienitz eröffnet die 22. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020 und begrüßt die Anwesenden.

Er verliest die Veränderungen zur Tagesordnung und fragt an, ob seitens der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses weitere Änderungswünsche vorliegen.

RM Weisenstein zieht den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu TOP 6.2 – Rotes Haus- zurück, da dieser sich durch die überarbeitete Vorlage der Verwaltung erledigt habe. Ferner meldet er Beratungsbedarf zu der Vorlage unter TOP 6.4 – Veränderungssperre Belgisches Viertel- an.

Frau Zlonicky (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) weist darauf hin, dass sollte heute kein Beschluss über die Veränderungssperren für das Belgische Viertel gefasst werden, sie den vorliegenden Bauantrag genehmigen müsse. Dies widerspräche dem vor ca. einem Jahr gefassten Ratsbeschluss hierzu.

RM Weisenstein informiert, dass die SPD zu dieser Thematik einen Änderungsantrag zur ebenfalls heute tagenden Bezirksvertretung Innenstadt einbringen werde. Er wolle wissen, wie sich die Bezirksvertretung positioniere. Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung und wegen des allgemeinen Stimmungsbildes sei er jedoch bereit, seinen Antrag auf Beratungsbedarf zurückzuziehen. Stattdessen möge die Vorlage heute ohne Votum in den Rat verwiesen werden.

Beigeordneter Höing führt bezüglich der Vorlage zu TOP 6.2 –Rotes Haus- aus, dass in der vergangenen Woche von einigen Seiten der Wunsch an ihn herangetragen worden sei, eine weitere Variante zu prüfen. Dies sei ihm aber in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Insofern ziehe er die Vorlage zur heutigen Sitzung zurück und werde mit einem neuen –mit dem Investor abgestimmten- Vorschlag auf die Beteiligten zukommen.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Vorsitzender Kienitz stellt die Tagesordnung zur Abstimmung; diese wird einstimmig angenommen. Demnach ergibt sich nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 "Neue Gebietskategorie Urbane Gebiete - Chancen für Köln"
Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
09.12.2016 (AN/2093/2016)
0010/2017

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Umgestaltung des Ebertplatzes
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.01.2017
AN/0043/2017
- 2.2 Weitere Wohnraumpotentiale in Köln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.02.2017
AN/0202/2017

3 Anträge

- 3.1 Erleichterte Bürgerbeteiligung bei der Erweiterung des „Rhein Energie Sport-
parks“ in Köln-Sülz
Antrag der Piraten-Gruppe vom 26.01.2017
AN/0148/2017

4 Stadtplanung - Projekte

- 4.1 Umsetzung Masterplan
- 4.1.1 Entwicklung des Mülheimer Südens
hier: Stand des Bebauungsplan-Änderungsverfahrens "Euroforum Nord" und
Überblick über die gestellten Bauanträge
3544/2016/1

5 Allgemeine Vorlagen

- 5.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbe-
zogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlich-
keitsbeteiligung
Arbeitstitel: Am Bahnhof in Köln-Porz-Wahn
4271/2016

- 5.2 Beschluss aus der Bezirksvertretung Nippes: Einrichtung zur Überprüfung und Überwachung der Immobilien der Deutsche Bahn AG, Antrag der SPD (AN/1375/2016)
4284/2016
- 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2017
AN/0255/2017
- 5.3 Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit
Hier: Teilnahme am Projektauftrag StadtUmland.NRW, Phase II - Konkretisierung der Zukunftskonzepte mit den links- und rechtsrheinischen Umlandgemeinden
0160/2017
- 5.4 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude "Blaue Funken"/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2);
hier: Beschluss über die Durchführung eines architektonischen Gutachterverfahrens zur Bebauung eines städtischen Grundstückes
2875/2016
- 5.5 Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen), Umsetzung: Instrument "Erhaltungssatzung" vermehrt nutzen
Hier: Beschluss über die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet Severinsviertel
4320/2016
- 6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**
- 6.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten
2181/2016
- und
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2017
AN/0080/2017
- 6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
Hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.
2427/2016
endgültig zurückgezogen
- 6.2.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
Hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges bis zur Bürgerstr.
2427/2016/2
ersetzt die Vorlage zu 6.2

zurückgestellt

und

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 15.12.2016
AN/2121/2016

zurückgezogen

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2017
AN/0256/2017

6.3 Schenkungsannahme für das Werk "Einsturzstelle" (Hinweisschild) des Künstlers Mischa Kuball
3240/2016

6.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3492/2016

6.5 Das "Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren";
hier: Fortschreibung
3559/2016

und

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 14.12.2016
AN/2110/2016

und

Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (AN/2110/2016)
0295/2017

6.6 Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "Severinstraße, Köln"
3855/2016

6.7 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven
Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven
4229/2016

- 6.8 Grüne Infrastruktur Köln
Integriertes Handlungskonzept "Vielfalt vernetzen"
4247/2016
- 7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**
- 14 Aufhebung von Bebauungsplänen**
- 15 Sonstige Satzungen**
- 16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**
- 17 Mitteilungen**
- 17.1 GrowSmarter City Cologne
-mündliche Präsentation-
- 17.2 Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66380/03
Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf
2449/2016
- 17.3 Bebauungsplan-Entwurf 63469/07
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld;
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
3525/2016

- 17.4 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln
hier: Anpassung Landschaftsplan - Bauleitplanung, Stand 2016
3660/2016

- 17.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom
31.10.2016 zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 01.12.2016
Betr. „Vorhandenes Gewerbe im Planungsgebiet 'Parkstadt Süd'“ (Session-
Nr. AN 1785/2016)
3985/2016

- 17.6 Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 1 zwischen der Anschluss-
stelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich
Neubau der Rheinbrücke Leverkusen
4202/2016

- 17.7 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm "Kein Kind zurücklassen! Für
ganz Nordrhein-Westfalen"
0149/2017

- 17.8 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
Ausschreibungsergebnis zum Projekt "Evaluation des Integrierten Handlungs-
konzeptes Lindweiler"
0110/2017

- 17.9 Beantwortung der Anfrage der SPD-, CDU-, FDP-Fraktionen sowie der Frakti-
onen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zum Thema "Stadtteileltern und
Stadtteilmütterprojekte in Vingst/Höhenberg und Rondorf/Meschenich"
(AN/2011/2016)
0097/2017

- 17.10 Ergebnis des Wettbewerbes "Casino Köln" in Köln-Deutz
0084/2017

- 17.11 Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der 110-/380-kV-
Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen-Sechtem der Amprion GmbH
0345/2017

- 17.12 Ergebnis der Mehrfachbeauftragung "Rochusplatz in Köln-Bickendorf"
0042/2017

- 17.13 Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.01.2017 zur Sitzung des Hauptausschus-
ses am 19.01.2017, AN/0069/2017
0299/2017

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 21 Schriftliche Anfragen**
- 22 Anträge**
- 23 Stadtplanung - Projekte**
- 24 Gestaltungsbeirat**
 - 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 21.11.2016
4138/2016
 - 24.2 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 19.12.2016
0296/2017
- 25 Sonstige Vorlagen**
 - 25.1 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln - Lindweiler
3922/2016
- 26 Mitteilungen**
- 27 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 "Neue Gebietskategorie Urbane Gebiete - Chancen für Köln" Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2016 (AN/2093/2016) 0010/2017

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Umgestaltung des Ebertplatzes Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.01.2017 AN/0043/2017

Auf Nachfrage von RM Frenzel erklärt Beigeordneter Höing, dass er davon ausgehe, zur nächsten Sitzung eine umfassende Antwort auf die Anfrage einbringen zu können und –in Abstimmung mit Frau Blome- möglicherweise auch schon die diesbezügliche Beschlussvorlage.

SE Brock-Mildenberger fragt an, ob die Grünflächen im Bereich zwischen Ebertplatz und der Bastei in das Untersuchungsgebiet einbezogen worden seien.

Beigeordneter Höing antwortet, der Prüfauftrag habe sich bislang nicht auf die dortigen Grünflächen bezogen.

2.2 Weitere Wohnraumpotentiale in Köln Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.02.2017 AN/0202/2017

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge

3.1 Erleichterte Bürgerbeteiligung bei der Erweiterung des „Rhein Energie Sportparks“ in Köln-Sülz Antrag der Piraten-Gruppe vom 26.01.2017 AN/0148/2017

SE Hegenbarth begründet den Antrag der Piraten.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) erklärt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in dem in Rede stehenden Verfahren sei bereits abgeschlossen. Insofern könne es nicht mehr durch ein Onlineverfahren ergänzt werden. Ggf. könne das gewünschte Bürgerbeteiligungsverfahren aber im Rahmen der Offenlage installiert werden.

RM Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass es sich zunächst einmal nur um einen Prüfauftrag handele. Ihres Erachtens stimme die Intension des Antrags, denn auch sie wünsche sich eine breite Bürgerbeteiligung. Sie bittet darum, den Antrag um weitere Projektvorschläge zu erweitern.

RM Jahn möchte in Hinblick auf die Ausführungen von Frau Müller wissen, ob sich das Verfahren tatsächlich auch noch zu einem späteren Zeitpunkt integrieren lasse.

Beigeordneter Höing sagt eine diesbezügliche Prüfung zu.

RM Jahn hält zunächst einmal fest, dass der Antrag der Piraten aufgrund der Ausführungen der Verwaltung für das gewünschte Verfahren nicht anwendbar sei, die generelle Zielsetzung hingegen von den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses unterstützt werde.

RM Frenzel bittet darum, auch weitere aktuelle Bebauungsplanverfahren in die Prüfung einzubeziehen.

RM De Bellis-Olinger schlägt vor, die Verwaltung möge zunächst zum Sachverhalt Stellung nehmen. Anschließend könne dann gemeinsam der dazu passende Antrag formuliert werden.

SE Hegenbarth zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

4.1.1 Entwicklung des Mülheimer Südens hier: Stand des Bebauungsplan-Änderungsverfahrens "Euroforum Nord" und Überblick über die gestellten Bauanträge 3544/2016/1

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die überarbeitete Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Am Bahnhof in Köln-Porz-Wahn 4271/2016

RM De Bellis-Olinger möchte vor einer abschließenden Beschlussfassung zunächst das Votum der Bezirksvertretung Porz einholen, denn sie wisse, dass es u.a. Diskussionen zur Geschosshöhe gebe. Insofern möge die Vorlage zunächst ohne Votum in die Bezirksvertretung Porz gegeben werden.

RM Jahn schließt sich diesem Wunsch an, zumal zwischen der Beratungsfolge nur zwei Tage liegen. Klar sei jedoch, dass sich das Plangebiet schon aufgrund des S-Bahn-Anschlusses gut für eine Wohnbebauung eigne. Um eine Beruhigung des Stadtbildes zu erreichen, fordere sie jedoch eine einheitliche Dachform, und zwar sollten alle Bauten mit einem Satteldach ausgestaltet werden.

Vorsitzender Kienitz hält fest, dass die Vorlage ohne Votum in die Bezirksvertretung Porz verwiesen werden soll mit dem Ziel, am 30.03.17 den abschließenden Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss zu fassen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zur Beratung in die Bezirksvertretung Porz und bittet um Wiedervorlage.

**5.2 Beschluss aus der Bezirksvertretung Nippes: Einrichtung zur Überprüfung und Überwachung der Immobilien der Deutsche Bahn AG, Antrag der SPD (AN/1375/2016)
4284/2016**

und

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2017
AN/0255/2017**

RM Frenzel erläutert den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und wirbt um Zustimmung.

RM Weisenstein zeigt großes Verständnis für den Änderungsantrag und die Intension der Bezirksvertretung. Von der Verwaltung möchte er wissen, was sich hierdurch in der Praxis ändern würde.

Beigeordneter Höing versichert, bereits alle Flächen im Kölner Stadtgebiet hinsichtlich einer möglichen Eignung für den Wohnungsbau überprüft zu haben. Auch stehe er in regelmäßigem Kontakt mit der Deutschen Bahn. Sobald sich hier eine Möglichkeit entwickle, stehe er zur Stelle.

RM Jahn fragt mit Blick auf den bestehenden „Bahnflächenpool NRW“ an, ob Köln dort Mitglied sei und wenn ja, ob die Verwaltung ein Vorkaufsrecht auf frei werdende Bahnflächen habe.

RM De Bellis-Olinger hat vollstes Vertrauen in die Aktivitäten der Verwaltung. Und schließlich habe der Rat im letzten Jahr auch das Vorkaufsrecht beschlossen. Insofern verstehe sie den Antrag der SPD nicht, weswegen sie ihn auch ablehnen müsse.

RM Sterck weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits viele Bahnflächen erworben und umgenutzt habe. Insofern halte er den Antrag für erledigt.

Vorsitzender Kienitz stellt zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung:

1. Beschluss: (Änderungsantrag der SPD-Fraktion)

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei begründetem Anlass und zur Sicherung der städtischen Planungshoheit in jedem Fall ein Verfahren nach § 23 Abs. 1 AEG zu betreiben, um bisherige Bahnbetriebsanlagen-Grundstücke von Bahnbetriebszwecken freizustellen. Mit den Gesellschaften des Deutsche-Bahn-Konzerns und der Aurelis hat die Verwaltung in einen regelmäßigen Austausch zu treten, um deren liegenschaftliche Projekte und Vorhaben in Köln frühzeitig zu identifizieren und im Sinne der Stadt

zu begleiten. Unabhängig davon sind veröffentlichte Immobilienangebote (insb. Verkauf und Vermietung) dieser Unternehmen seitens der Verwaltung stets im Blick zu halten. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Projektlisten dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Liegenschaftsausschuss, ggf. weiteren betroffenen Fachausschüssen und den örtlich betroffenen Bezirksvertretungen mit einer fachlichen Bewertung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Danach stellt Vorsitzender Kienitz die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

2. Beschluss: *(Verwaltungsvorlage)*

Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt die Bitte der Bezirksvertretung Nippes zur Einrichtung einer Stelle für die Überwachung bahneigener Liegenschaften ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

**5.3 Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit
Hier: Teilnahme am Projektauftrag StadtUmland.NRW, Phase II - Konkretisierung der Zukunftskonzepte mit den links- und rechtsrheinischen Umlandgemeinden
0160/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung

1. in den Kooperationen mit den links- und rechtsrheinischen Nachbarn an der zweiten Phase des Landeswettbewerbs StadtUmland.NRW teilzunehmen, in diesem Rahmen Zukunftskonzepte zu entwickeln und Schlüsselprojekte zu identifizieren;
2. die für die interkommunale Zusammenarbeit notwendigen Organisationsstrukturen der Stadt-Umland-Kooperationen weiterzuentwickeln und über die Wettbewerbsphase hinaus zu verstetigen;
3. durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit Bewusstsein für die Herausforderungen der Wachstumsregion zu schaffen und weitere Akteure aus Institutionen, Unternehmen und Bürgerschaft für interkommunales Engagement zu gewinnen und einzubinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude "Blaue Funken"/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2); hier: Beschluss über die Durchführung eines architektonischen Gutachterverfahrens zur Bebauung eines städtischen Grundstückes 2875/2016

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

5.5 Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen), Umsetzung: Instrument "Erhaltungssatzung" vermehrt nutzen Hier: Beschluss über die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet Severinsviertel 4320/2016

RM Frenzel begrüßt die vorliegende Beschlussvorlage und bittet um eine schnellstmögliche Veröffentlichung nach Beschlussfassung.

RM Sterck vertritt eine gegenteilige Meinung. Gentrifizierung sei seines Erachtens der treibende Motor einer positiven Stadtentwicklung. Stadtteile wie Nippes und Ehrenfeld hätten diesen Prozess bereits erfolgreich vollzogen. Nunmehr wolle man diese Entwicklung sozusagen „einfrieren“. Man brauche aber die Fortentwicklung. In zahlreichen Stadtteilen wie beispielsweise in Humboldt-Gremberg oder Vingst wünsche er sich sogar eine viel stärkere Gentrifizierung. Die FDP werde daher dieser Satzung nicht zustimmen.

RM Weisenstein räumt zwar ein, dass Gentrifizierung auch positive Aspekte nach sich ziehen kann, jedoch kippe sie zu einem bestimmten Zeitpunkt und führe dann in die entgegengesetzte Richtung. Es sei erforderlich, dass die Politik hierauf reagiere um zu verhindern, dass langjährige Bewohner aus ihren Häusern und ihrem Viertel verdrängt würden und neu Hinzugezogene die Mietpreise in die Höhe treiben. Es gehe also darum, den negativen Auswirkungen der Gentrifizierung zu begegnen. Insofern dankt er der Verwaltung ausdrücklich für die Einbringung dieser Vorlage. Er hoffe, dass zeitnah auch für Mülheim, insbesondere den Mülheimer Süden, eine solche Satzung zur Beschlussfassung in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werde.

RM De Bellis-Olinger erklärt für die CDU-Fraktion Zustimmung zu dieser Vorlage, zumal deren Ausarbeitung Ausfluss eines Ratsbeschlusses sei. Auch werde die CDU den Prozess positiv begleiten.

RM Jahn begrüßt ebenfalls die vorliegende Beschlussvorlage und widerspricht den Aussagen des Herrn Sterck. Für sie sei wichtig, eine gute Mischung in den Stadtvierteln zu erhalten. Der Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung sei ihres Erachtens ein geeignetes städtebauliches Instrument um den negativen Auswirkungen einer Verdrängung zu begegnen.

Herr Breuer (stellv. Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) informiert, dass die Verwaltung ihren Untersuchungsraum auf weitere Stadtteile ausweitere um dann ggf. mit einer weiteren Vorlage auf die Politik zuzukommen.

Vorsitzender Kienitz stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Köln beschließt die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (BauGB vom 23. September 2004, BGBl. I S. 2414, in der bei Beschlussfassung geltenden Fassung) für das in Anlage 1 besonders gekennzeichnete Untersuchungsgebiet Severinsviertel in der Kölner Innenstadt.

Das von dem Aufstellungsbeschluss betroffene Untersuchungsgebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Übersichtsplan dargestellt. Der Aufstellungsbeschluss umfasst alle Flurstücke und Flurstückteile innerhalb des im Übersichtsplan besonders gekennzeichneten Untersuchungsgebietes Severinsviertel. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

Das Ziel einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen.

Der Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Köln verzichtet auf die erneute Vorlage sofern die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Änderungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten 2181/2016

und

6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2017 AN/0080/2017

Vorsitzender Kienitz macht auf den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion aufmerksam.

RM Frenzel begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und wirbt um Zustimmung.

RM Sterck bittet darum, die Vorlage und den Änderungsantrag heute ohne Votum in den Rat zu verweisen, weil seine Fraktion zu dieser Thematik noch Beratungsbedarf habe.

RM Jahn fragt mit Blick auf den Änderungsantrag an, inwiefern die Verwaltung nachhalten, bzw. sicherstellen könne, dass Wohnungen zukünftig nicht mehr für Airbnb zur Verfügung gestellt werden. Auch bittet sie um Darstellung der Kosten und des Personalaufwandes, welche bei Umsetzung des Beschlusses erforderlich würden.

Herr Kube (Amt für Wohnungswesen) antwortet, dass je nach Intensität der systematischen Suche und der Überwachung weitere Stellen eingerichtet werden müssten ohne sie bereits jetzt quantifizieren zu können. Auch könnten seines Wissens keine

Vergleichswerte aus anderen Städten herangezogen werden. Derzeit befassen sich in Köln vier Mitarbeiter/innen mit dem Instrument der Wohnraumschutzsatzung.

RM De Bellis-Olinger schlägt vor, die Vorlage zu vertagen. Bis dahin möge die Verwaltung den zusätzlichen Personalaufwand in Geldwerten beziffern. Ferner möge der Prüfauftrag erweitert werden um das Thema der zeitweisen Vermietung von Wohnungen an Monteure.

RM Frenzel macht noch einmal ausführlich die Zielsetzung des Änderungsantrages deutlich.

SE Wellmann schlägt vor, in Zusammenarbeit mit Airbnb Steuern auf Ferienwohnungen zu fordern. Dies würde erheblichen Druck auf die Vermieter ausüben.

SE Buchholz gibt in Bezug auf die Vermietung von Monteurs Wohnungen zu bedenken, dass insbesondere ältere Menschen die Bestimmungen der Wohnraumschutzsatzung nicht kennen. Hier möge ggf. mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Kienitz einigt sich der Stadtentwicklungsausschuss darauf, die Vorlage und den Änderungsantrag der SPD in die nächste Sitzung zu vertagen.

**6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
Hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges
bis zur Bürgerstr.
2427/2016**

Die Vorlage wurde endgültig zurückgezogen.

**6.2.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Haltestelle Rathaus
Hier: Wiederaufbau des Roten Hauses und Verlängerung des Aufzuges
bis zur Bürgerstr.
2427/2016/2**

Die Vorlage wurde zurückgestellt

und

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 15.12.2016
AN/2121/2016**

Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller endgültig zurückgezogen.

und

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2017
AN/0256/2017**

Der Änderungsantrag wurde zurückgestellt.

**6.3 Schenkungsannahme für das Werk "Einsturzstelle" (Hinweisschild) des Künstlers Mischa Kuball
3240/2016**

RM Sterck bittet darum, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da sich seine Fraktion noch keine abschließende Meinung gebildet habe.

RM Dr. Bürgermeister stimmt von Seiten der SPD der Vorlage zu und informiert über die hierzu geführte Debatte im Kulturausschuss. Auch dort sei der Vorlage zugestimmt worden, allerdings mit der Zielsetzung, mit der Initiative Archivkomplex und weiteren interessierten Kölnerinnen und Kölnern in einen offensiven Dialog zu treten um ein gutes Verfahren für die Entwicklung eines würdigen Gedenkortes noch vor Vollendung der Baustelle zu entwickeln.

Auf Nachfrage stellt Vorsitzender Kienitz fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss mit einer Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat einverstanden ist.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**6.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3492/2016**

RM Weisenstein erklärt, seine Fraktion habe noch kein abschließendes Meinungsbild. Grundsätzlich begrüße er aber die Anstrengung der Verwaltung, hier einen Interessenausgleich herbeizuführen. Seines Wissens beziehe sich der Konflikt überwiegend auf die Antwerpener Straße; die Veränderungssperre gelte indes für das gesamte Belgische Viertel. Er bittet um diesbezügliche Erläuterung. Auch sei ihm unklar, warum die beantragte Nutzungsänderung des in Rede stehenden Lokals für die Anlieger relevant sein könnte. Schließlich werde dort schon jetzt Musik in einer gewissen Lautstärke abgespielt. Weiter möchte er wissen, ob es zutreffend sei, dass bei den Beschwerdeführern bislang keine Lärmmessung vorgenommen worden sei. Denn schließlich verhalte es sich so, dass sollte dabei eine Belästigung festgestellt werden, es die rechtliche Möglichkeit gäbe, den Betreiber des Lokals zu verpflichten eine Anlage zu installieren, die ab einem gewissen Lärmpegel die Lautstärke automatisch herunter fahre. Auch hierzu bittet er die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Zlonicky (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) antwortet auf erstgenannte Frage, dass der Geltungsbereich der Veränderungssperre identisch sei mit dem vor etwa einem Jahr gefassten Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes. Nachfolgend erinnert sie an die Gründe, die zur Aufstellung des Planes geführt hätten. Das in Rede stehende Lokal habe zudem nicht nur einen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt, sondern auch auf verlängerte Öffnungszeiten, am Wochenende bis in die frühen Morgenstunden. D. h. die Lärmbelästigung gehe nicht nur von der Musik aus, sondern auch von Besuchern, die sich vor dem Lokal aufhalten.

SE Dr. Soénius spricht sich gegen die Vorlage aus, weil sie seines Erachtens Mittelstandsschädlich sei. Schließlich hätten die dort ansässigen Unternehmen dann keine Möglichkeit mehr sich zu verändern und neue dürften sich erst gar nicht dort ansiedeln. Auf Dauer würden damit auch die Kreativszene und anderer interessanter Einzelhandel verdrängt. Und das eigentliche Problem, nämlich die Lautstärke am Brüsseler Platz zu reduzieren, werde durch die Satzung auch nicht gelöst.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) widerspricht der Aussage des Herrn Dr. Soénius vehement, die Verwaltung wolle hier Kreativläden und Einzelhandel verdrängen. Es gehe ausschließlich um den Ausschluss von Vergnügungsstätten. Im Rathenauviertel, in dem vor Jahren eine ähnliche Situation existierte, habe dies auch funktioniert.

RM van Geffen erklärt, die SPD habe der damaligen Aufstellung des Bebauungsplanes skeptisch gegenüber gestanden. Aber da der Beschluss nun mal gefasst worden sei, müsse man nun konsequenterweise auch der Veränderungssperre zustimmen. Er beantrage jedoch, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den Ergänzungsantrag aus der Bezirksvertretung Innenstadt zu ergänzen und begründet diesen im Folgenden.

RM Pakulat erinnert daran, die Diskussion hierzu bereits vor einem Jahr geführt zu haben. Und wie ihr Vorredner bereits deutlich gemacht habe, gehe es jetzt lediglich um die Veränderungssperre. Im Laufe des B-Plan-Verfahrens könnten immer noch Anpassungen erfolgen.

RM Sterck erachtet die Inhalte der Vorlage als geeignetes Mittel, um für verträgliche und gesunde Wohnverhältnisse zu sorgen.

Auf Nachfrage stellt Vorsitzender Kienitz fest, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage ohne Votum in den Rat verweisen möchte.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**6.5 Das "Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren";
hier: Fortschreibung
3559/2016**

und

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 14.12.2016
AN/2110/2016**

und

**Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (AN/2110/2016)
0295/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage, den Änderungsantrag und die Stellungnahme der Verwaltung ohne Votum in den Rat.

6.6 Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "Severinstraße, Köln" 3855/2016

RM Jahn begrüßt zwar grundsätzlich die eingebrachte Vorlage, bittet die Verwaltung jedoch, zu den von ihr schriftlich eingereichten Fragen Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Höhmann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert nachfolgend ausführlich die Inhalte der Vorlage und geht auf die Fragen von Frau Jahn ein.

SE Dr. Soénius spricht ein großes Lob an alle Beteiligten aus. Auch die in der letzten Woche durchgeführte Veranstaltung im „Haus der Architektur“ sei sehr informativ gewesen und insgesamt gelungen.

Auch RM Sterck und RM Pakulat begrüßen das Vorhaben ausdrücklich.

RM De Bellis-Olinger hofft, dass diese Satzung Vorbildcharakter entwickelt und auf andere Bereiche übertragen wird.

Nachdem auch Beigeordneter Höing noch ein Plädoyer für das Vorhaben gehalten hat, stellt Vorsitzender Kienitz die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Antrag auf Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) „Severinstraße“ (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW, Anlage 2) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft „Severinstraße“.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - nach Unterrichtung der Grundeigentümerinnen, Grundeigentümer und Erbbauberechtigten im vorgesehenen Gebiet (§ 3 Abs. 2 ISGG NRW),
 - im Falle einer Widerspruchsquote von weniger als 33,3 % (§ 3 Abs. 3 ISGG NRW) und
 - nach der Beteiligung von Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 Abs. 4 ISGG NRW)den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße e. V. in der Fassung der Anlage 3 abzuschließen.
4. Der Rat nimmt den Entwurf einer Satzung zur Festlegung des Gebietes für die ISG „Severinstraße“ und zur Erhebung von Abgaben nach dem ISGG NRW (Anlage 4) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages die Satzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven
Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven
4229/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven –Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven– für das Gebiet betreffend die Häuser beidseitig der Hohenstaufenstraße nordwärts der Häuser Hohenstaufenstraße 64 und 33, die Bebauung entlang des Bahnhofplatzes, der Rather Straße, einschließlich des Talweges, der Heilig-Geist-Straße bis zu den Grundstücken Heilig-Geist-Straße 23 und 5, die Bebauung am Langobardenplatz sowie des Frankenplatzes unter abschließender Einbeziehung der Wohngebäude Frankenplatz 11 und 16 in Köln-Porz-Gremberghoven in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Grüne Infrastruktur Köln
Integriertes Handlungskonzept "Vielfalt vernetzen"
4247/2016

Herr Dr. Bauer (stellv. Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen) erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) Grüne Infrastruktur Köln „Vielfalt vernetzen“ und nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung das IHK zum 01.12.2016 beim Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen eingereicht hat.

2. Über die Realisierung einzelner Maßnahmen sind nach Genehmigung des IHK und nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans Förderanträge zu stellen, dem jeweils ein Beschluss der zuständigen politischen Gremien vorausgeht.

3. Der Rat nimmt das von der Kölner Grün Stiftung erarbeitete Integrierte Handlungskonzept Grüne Infrastruktur Köln „Vielfalt vernetzen“ im Wert von 40.000 € als Schenkung an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

17.1 GrowSmarter City Cologne -mündliche Präsentation-

Frau Dr. Möhlendick (Dezernat V) stellt sich vor, führt in die Thematik ein und übergibt an die Projektleiterin, Frau Egenolf (Dezernat V).

Frau Egenolf stellt das Projekt mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation ausführlich vor.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelt sich eine angeregte Diskussion. Von Seiten der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses werden Fragen gestellt, die von Frau Dr. Möhlendick und Frau Egenolf beantwortet werden.

17.2 Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66380/03 Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf 2449/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3 Bebauungsplan-Entwurf 63469/07 Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld; hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) 3525/2016

SE Brock-Mildenberger bemängelt, dass der von der Bezirksvertretung beschlossene Kriterienkatalog in dieser Mitteilung fehle.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) räumt ein, dies aus zeitlichen Gründen nicht geschafft zu haben, da die Mitteilung parallel zur Offenlage erfolgen sollte.

17.4 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln hier: Anpassung Landschaftsplan - Bauleitplanung, Stand 2016 3660/2016

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 31.10.2016 zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 01.12.2016 Betr. „Vorhandenes Gewerbe im Planungsgebiet 'Parkstadt Süd'“ (Ses- sion-Nr. AN 1785/2016) 3985/2016

Herr Breuer (stellv. Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) informiert, dass Revision gegen das Urteil zugelassen worden sei. Insofern habe die Satzung weiterhin Gültigkeit.

SE Wortmann erinnert an die Beantwortung seiner schriftlichen Anfrage zur Einrichtung eines Rahmenplanungsbeirates für das Projekt „Parkstadt Süd“.

**17.6 Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 1 zwischen der Anschlussstelle Köln-Niehl und dem Autobahnkreuz Leverkusen-West einschließlich Neubau der Rheinbrücke Leverkusen
4202/2016**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.7 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm "Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen"
0149/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.8 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler Ausschreibungsergebnis zum Projekt "Evaluation des Integrierten Handlungskonzeptes Lindweiler"
0110/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.9 Beantwortung der Anfrage der SPD-, CDU-, FDP-Fraktionen sowie der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zum Thema "Stadtteil- eltern und Stadtteilmütterprojekte in Vingst/Höhenberg und Rondorf/Meschenich" (AN/2011/2016)
0097/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.10 Ergebnis des Wettbewerbes "Casino Köln" in Köln-Deutz
0084/2017**

Beigeordneter Höing präsentiert das Ergebnis des Wettbewerbs mithilfe einer Power-Point-Präsentation.

**17.11 Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der 110-/380-kV- Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen-Sechtem der Amprion GmbH
0345/2017**

Auf Nachfrage von RM Roß-Belkner versichert Frau Müller (Leiterin des Bauverwaltungsamtes), dass alle Bereiche unterhalb der Vorgaben für elektromagnetische Felder liegen.

**17.12 Ergebnis der Mehrfachbeauftragung "Rochusplatz in Köln-Bickendorf"
0042/2017**

Beigeordneter Höing präsentiert mithilfe einer PowerPoint-Präsentation das Ergebnis des Wettbewerbes.

**17.13 Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.01.2017 zur Sitzung des Hauptausschusses am 19.01.2017, AN/0069/2017
0299/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Kienitz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Niklas Kienitz
Ausschussvorsitzender

gez. Marianne Michels
Schriftführerin